

Am besten funktionieren solche Veränderungen, an die man sich gewöhnen kann und die zumindest nicht disruptiv sind. (Armin Nassehi, in: [Unbehagen](#), S 330)

Wege zum repräsentativen Parlament



Das Motto der [14. Armutskonferenz](#) in St. Virgil, Salzburg, ist kein Aufruf zur Revolution. Es wäre vermessen zu glauben, eine Umkehrung der Machtverhältnisse führt zu wohlstandsmehrenden Lebensverhältnissen für die zuvor Benachteiligten. Ein gutes Leben für alle braucht in einer offenen Gesellschaft auf Dauer das *gesamte Meinungsspektrum* in den Institutionen der Volksvertretung. Genau deshalb, weil *dieses* durch die bestehenden [Repräsentationslücken](#) derzeit nicht gegeben ist, benötigen die politischen Entscheidungsgremien vielmehr eine partizipative Aufwertung.

Verschiedene Formen stehen dafür zur Auswahl. Zwischen Bürger*innen-Rät*innen und Losbewegungen ist vieles sinnvoll. Nicht vertreten hingegen ist dabei die Idee eines Jean Jacques Rousseau, der in seinem [Gesellschaftsvertrag](#) meinte: wenn es denn schon Teilgesellschaften – sprich: Parteien – geben soll, dann „ist es wichtig, ihre Zahl zu vervielfachen und ihrer Ungleichheit vorzubeugen“ (Nr. 320). Dafür gibt es eine einfache Erklärung: Auch wenn das Angebot der KPÖ+ in Salzburg zahlreiche Bürger*innen wieder zurück an die Wahlurnen bewegt, wird dadurch auf Dauer kein vielfältiges Meinungsspektrum *gewährleistet*. Diese Garantie erfordert in letzter Konsequenz wie die nichtterritoriale [Selbstverwaltung](#) Bestimmungen im [Bundes-Verfassungsgesetz](#) (S 18). Demokratiestärkende Reformen sind allerdings erst – wie in [anderen Ländern](#) auch – nach [entwicklungsfördernden Regierungskrisen](#) zu erwarten. Es gibt noch weitere Barrieren zu überwinden:

Erfolge im Kampf gegen die relative Armut sind viel schwerer zu erringen als im Kampf gegen die absolute Armut, weil ... die Bekämpfung der relativen Armut [erfordert], dass man den Reichtum antastet. ([Christoph Butterwegge](#))

Wer die „[selektive Responsivität](#)“ als strukturelle Bevorzugung der Reichen in der Gesetzgebung aufheben will, kämpft gegen dieselben Windmühlen.

Dringend empfohlen: eine Kultur der Mitentscheidung

Zur Überwindung dieser Widerstände braucht es eine entsprechende [Kultur](#) (siehe zB [Vorarlberg](#)) zur Erzielung nachhaltiger Transformationserfolge auf dem Weg zu der von Hartmut Rosa vorgeschlagenen „[Gemeinwohlkonzeption, weil Politik nicht einfach Interessendurchsetzung ist.](#)“ Wenn durch diese das Volk souverän wirken können soll, hat sie nach [Hans Kelsen](#) eine Institution der Republik zu sein. Dazu brauchte es Tamara Ehs zufolge [nicht einmal eine Gesetzesänderung](#): es reicht, „die Geschäftsordnungen des National- und des [Bundesrats](#) partizipativer [zu] interpretieren.“ (Krisendemokratie, 2020, S 101 f)

Das wäre zwar ein willkommener erster Schritt, doch dieser ist nicht ohne unser [Engagement](#) abseits von Krisen zu erwarten. Das zeigen beispielsweise die Ergebnisse einer parlamentarischen [Enquete-Kommission](#) aus dem Jahr 2014 zur „Stärkung der Demokratie in Österreich“. Damals wurden viele Überlegungen [nicht einmal ignoriert](#) – wie auch jene von Tamara Ehs:

„Wir haben gemeinsam dieses Grünbuch ‚#besserentscheiden‘ ausgearbeitet, und da kam die Idee auf, ob es nicht der Bundesrat sein könnte, der sich hier neu orientiert. Eine

Neuorientierung des Bundesrates als eine Art politischer Think Tank, wo Expertinnen und Experten eingeladen werden, wo der Bundesrat aber auch Bürgerkonferenzen in den einzelnen Bundesländern organisiert, als zukunftsgerichteter Think Tank, eben auch nach Beispiel des finnischen Zukunftsausschusses, wo man Veränderung begleiten kann. Veränderung findet ja immer statt, es geht nur darum: Laufen wir quasi der Veränderung hinterher oder gestalten wir sie mit? – Da könnte der Bundesrat mit dem bereits angesprochenen Demokratiebüro zusammenarbeiten, einen Raum auch für alternative Ideen finden, wo Bürgerinnen und Bürger gemeinsam neue Formen der Demokratie überhaupt erst einmal ausarbeiten können.“ (a. a. O., S 308)



Um nicht tatenlos auf eine reformbegünstigende Krise warten zu müssen, können wir jederzeit wichtige Schritte setzen zur Vorbereitung einer [partizipativen Gesetzgebung](#). Diesbezüglich und zur möglichen Abwendung von Krisen bieten [Demokratiefestivals](#)* einen von vielen Wegen zur Entwicklung einer [Mitentscheidungskultur](#), mit dem Ziel, angestrebte [Reformvorhaben](#) zu beschleunigen.

Gesuchter Meilenstein: Antworten auf die Kulturfrage

Eine *dauerhaft wirkende* [Partizipationskultur](#) etabliert sich allerdings erst durch *dauerhaft Wirkende*** in all ihrer [Buntheit](#). Attraktive kulturelle Angebote von [kooperierenden](#) Playern der Zivilgesellschaft an verschiedenen Orten können die dargebotene „[demokratische Kultur](#)“ zur lebendigen Volkskultur werden lassen – mit entsprechenden Aufträgen*** an die Politik.

Was die Dauerhaftigkeit und [Wirksamkeit](#) betrifft, so darf die im Jahr 2013 eingeführte [Pass Egal Wahl](#) von SOS Mitmensch als Vorbild genannt werden. Dadurch konnte erstmalig neun Jahre später die [Arbeiterkammer Wien](#) zur Mitwirkung gewonnen werden.

Neben den bereits erwähnten Demokratiefestivals gibt es zB noch die [Demokratiewoche in Telfs](#) rund um den [Internationalen Tag der Demokratie](#) und [viele andere interessante Formate mehr](#).

* | Siehe auch a) "[Festival für Bürgerbeteiligung und deliberative Demokratie](#)", das vom Kompetenzzentrum für partizipative und deliberative Demokratie (CC-DEMOS) der Europäischen Kommission organisiert wird und b) [Mitmacht](#), ein Festival von Faktor D.

** | Dieter Rucht erwartet sich von kontinuierlicher Arbeit „[auf lange Sicht viel mehr als von den kurzzeitig aufflammenden Protesten von Hunderttausenden oder gar Millionen](#).“ (S 8)

*** | Vgl. [Druck auf politische Eliten in Bosnien-Herzegowina](#), sich um einen EU-Beitritt zu bemühen.

